

Suchet der Stadt Bestes (Jeremia 29,7)

Wort der Evangelischen Kirchen zur Finanznot der Kommunen in NRW

Die evangelischen Kirchen und die Diakonie in NRW nehmen wahr, dass die im neu gewählten Landtag vertretenen Parteien erkannt haben, dass den Kommunen in akuter Finanznot geholfen werden muss, weil ihnen sonst politische und wirtschaftliche Handlungsfähigkeit droht.

Die von der Diakonie zusammen gestellten Spar- und Kürzungslisten vieler Kommunen zeigen, wie stark Bildungschancen eingeschränkt, kulturelle Angebote reduziert und soziale Aufgaben nicht mehr wahrgenommen werden und insbesondere auch präventive Arbeit gefährdet wird. Besonders betroffen sind dadurch ärmere Familien mit ihren Kindern, deren Beteiligungsmöglichkeiten dramatisch sinken.

Infolgedessen entwickeln sich in immer stärkerem Maße mit immer höherem Tempo ganz unterschiedliche Lebensverhältnisse in unserem Land. Benachteiligte werden dadurch stärker benachteiligt, Bevorzugte stärker bevorzugt. Ungerechte Lebensverhältnisse und strukturelle Benachteiligungen bestimmter Gruppen, Institutionen oder Regionen gefährden die gesellschaftliche Integration und Solidarität. Was der Staat von seinen Bürgern fordert, muss auch sein eigenes Handeln bestimmen, nämlich Solidarität zur Schaffung gleicher Lebensbedingungen in allen Regionen.

Die Kommunen sind die Basis der demokratischen Gesellschaft. Hier wird von den Bürgerinnen und Bürgern Staat erlebt. Hier findet gesellschaftliche Integration statt. Deshalb müssen die Kommunen in ihrer Aufgabe der Daseinsfürsorge gestärkt und finanziell besser ausgestattet werden.

Die evangelischen Kirchen in Nordrhein-Westfalen beobachten mit Sorge, dass

- in unserem Bundesland immer mehr Kommunen ihre Aufgaben nur noch mit Kassenkrediten finanzieren.
- in unserem Bundesland auf kommunaler Ebene im bundesweiten Vergleich Investitionsausgaben besonders niedrig ausfallen; dies führt aufgrund fehlender Eigenmittel zu massiven Investitionsstaus.
- die Kommunen im bundesweiten Vergleich hohe Ausgaben für soziale Leistungen schultern müssen, wobei die Verteilung von Lasten zwischen Bund, Ländern und Gemeinden aus dem Gleichgewicht ist.

Die evangelischen Kirchen in Nordrhein-Westfalen und ihre Diakonie erwarten von Landtag und Landesregierung, dafür Sorge zu tragen,

- dass der Grundsatz der Konnexität strikt beachtet wird. Das heißt, dass den Kommunen nicht im Gesetzgebungsverfahren von Bund und Land weitere Aufgaben aufgebürdet werden, ohne dass eine entsprechende Finanzierung gesichert ist.
- dass die strukturelle Unterfinanzierung im Gemeindefinanzsystem abgebaut wird. Die Kommunen brauchen eine Finanzierung, die stetig und auskömmlich ist.
- dass Möglichkeiten der Entschuldung von extrem belasteten Kommunen geschaffen werden, damit ihre politische und wirtschaftliche Handlungsfähigkeit wieder hergestellt wird. Kurzfristig muss gewährleistet werden, dass die Kommunen wieder Zugang bekommen zu Förderprogrammen von Europäischer Union, Bund und Land.

Die evangelischen Kirchengemeinden sind direkt von den Entwicklungen vor Ort betroffen. Zur Wahrnehmung ihrer subsidiär übertragenen Aufgaben brauchen sie wie andere zivilgesellschaftliche Akteure handlungsfähige Kommunen.